



Freitag, 03. Mai 2019, 16:00 Uhr
~15 Minuten Lesezeit

Die Kriegsmacht

Deutsche Angriffskriege verstoßen gegen Grundgesetz und Völkerrecht — und werden dennoch geführt. Teil 4.

von Jochen Mitschka
Foto: Getmilitaryphotos/Shutterstock.com

Die deutsche Bevölkerung ist ja seit mehr als 70 Jahren etwas kriegsmüde. Will man sie für einen Feldzug noch einmal so richtig begeistern, muss dafür schon ein Erz-Bösewicht herhalten. Gaddafi war für die Rolle wie geschaffen. Unterschlug man, dass der nordafrikanische Finsterling seinen Landsleuten einen gute Lebensstandard und Sozialleistungen bot, die selbst im „reichen Norden“ nicht selbstverständlich waren, so konnte man die Eroberung Libyens wunderbar promoten. Auch die Tatsache, dass die meisten noch im Gedächtnis haben dürften, Deutschland habe sich aus dem Libyen-Feldzug

vornehm herausgehalten, ist das Ergebnis wirksamer Propaganda. 103 deutsche Soldaten waren in die Kommandostruktur des NATO-Angriffs eingebunden und u.a. mit der Zielauswahl betraut. So viel Bündnistreue musste sein.

Nach den Beiträgen über den Sündenfall der Bundesrepublik

Deutschland beim verheerenden Krieg gegen Jugoslawien, dem Afghanistankrieg, der jetzt nach 18 Jahren wohl bald als verloren angesehen werden muss, und dem zweiten Krieg der USA gegen den Irak berichte ich in diesem vierten Teil, wie Deutschland am Angriffskrieg gegen Libyen teilnahm „wegen der Verpflichtungen der NATO gegenüber“. Diese waren offensichtlich wichtiger als das deutsche Grundgesetz.

Die Zerstörung Libyens

EuroNews berichtet am 20. März 2011:

„Die Luftstreitkräfte der Alliierten haben die Offensive von Gaddafis Truppen gegen die Rebellen in Bengasi erfolgreich gestoppt. Seit Beginn der Operation am Samstag habe es keine Angriffe auf die Stadt gegeben, das berichten Augenzeugen“ (1).

Vielleicht war Gaddafi ein Diktator, denn die Menschen konnten nicht am Spektakel von Wahlen teilnehmen wie in einer „repräsentativen Demokratie“ im Westen. Aber das Land bot den Menschen einen der höchsten Lebensstandards in Afrika, leistete umfangreiche Hilfe für viele ärmere Länder, bot Migranten Arbeitsplätze und stellte sicher, dass die Menschenrechte auf

Unterkunft, Krankenversorgung, Nahrung und Sicherheit gewährleistet waren.

Unter Gaddafi war auch Bildung kostenlos. Und er realisierte das größte Wasserkontrollprojekt in der Geschichte der Menschheit, um dem ganzen Land sauberes Trinkwasser zur Verfügung zu stellen. Libyen hatte im Ausland keine Schulden, aber 150 Milliarden Vermögen, das von seinen Feinden eingefroren worden war.

Die Gleichheit der Geschlechter war gesetzlich festgelegt und niemand musste hungern. Die Verstaatlichung der Ölindustrie kam allen Menschen Libyens zugute. Und mit riesigen Goldvorräten plante Gaddafi, Afrika mit einer goldgedeckten Währung zu einigen, und damit die Reste kolonialer Herrschaft abzuschütteln.

Wie im Irakkrieg nahm Deutschland nicht offiziell am Krieg gegen Libyen teil. Cicero beschrieb die offiziell verkündete deutsche Haltung:

„Eine Entscheidung im UN-Sicherheitsrat stand an, dem Deutschland zu jener Zeit turnusmäßig angehörte. Und der deutsche Außenminister wies den deutschen Botschafter in einer spektakulären Aktion zu einer Enthaltung an.

Was war die Empörung groß! Joschka Fischer, ewiger Antipode Westerwelles, dessen Vorgänger als Außenminister und selbsternannter Weltgeist, erkannte in der Aktion „das vielleicht größte Debakel seit Gründung der Bundesrepublik“. Das gesamte außenpolitische Kommentariat Deutschlands und der Welt fiel über den damaligen FDP-Chef her. Die Causa war der letzte Tropfen, den es noch brauchte, um ihn jenen Parteivorsitz zu kosten“ (2).

An vorderster Front für die Unterstützung des Krieges gegen Libyen stand die einstige Anti-Kriegs-Partei „Bündnis90/Die Grünen“. Uwe Ness beschreibt deren Verhalten in seinem Blog:

„Daniel Cohn-Bendit hingegen, Fraktionsvorsitzender der GRÜNEN im Europäischen Parlament, sprach sich drei Tage später vehement für eine sogenannte Flugverbotszone über Libyen aus, leugnete im ZDF-Interview, dass dies Krieg bedeute und nahm gleichzeitig eine Zustimmung der GRÜNEN zum NATO-Krieg gegen Libyen vorweg. Die Beweise hingegen für die angebliche ‚systematische Bombardierung von Zivilisten‘ in Tripolis, so wie Cohn-Bendit und andere sie unterstellten und welche die Rechtfertigung für die am 18. März gefasste UNO-Resolution 1973 darstellte, wurden nie vorgelegt. Dies gestand selbst die Bundesregierung in der Parlamentarischen Anfrage 17/5666 der Abgeordneten Sevim Dagdelen (DIE LINKE) ein, ebenso wie eine britische Delegation aus Menschenrechtsaktivisten diese angeblichen Bombardierungen in Tripolis nach einer Libyen-Reise bestritt. (...)

Doch solche Fragen stellten DIE GRÜNEN erst gar nicht. Nicht nur, dass sich gegen Cohn-Bendits offenkundige Kriegstreiberei keinerlei Widerstand regte, nein, das ‚beschluss höchste‘ Gremium zwischen den Parteitagern, der Länderrat, hieß die UNO-Resolution 1973 am 19. März auf seiner Tagung in Mainz gut. In der Folgezeit wurde unter dem Deckmantel einer ‚Schutzverantwortung für die Bevölkerung‘ massiv zugunsten der Rebellen eingegriffen, um einen völkerrechtswidrigen Regierungswechsel zu bewerkstelligen“ (3).

Die Grünen forderten bewaffnete Hilfskonvois, Waffen für die Rebellen, mehr Soldaten für Auslandseinsätze. Jeder der die Geschichten bezweifelte, mit denen die angeblichen Gräueltaten des Diktators beschrieben wurden, war ein „Diktatorfreund“, half angeblich, dass die Soldaten Gaddafis vergewaltigten und Kinder töten konnten, um nur Einiges aus der absurden Kriegsrhetorik zu erwähnen.

Dass sich sämtliche Behauptungen später in Luft auflösten, blieb in den Medien weitgehend unberichtet. Medien die den Krieg unisono

gefordert hatten, als auch die Politiker, die insgeheim den Krieg der Verbündeten Frankreich und Großbritannien stillschweigend unterstützt hatten vermeiden in allen Stellungnahmen zum derzeitigen Chaos und Blutvergießen in Libyen zu erwähnen, dass der NATO-Krieg gegen Libyen die Ursache für die heutige humanitäre Katastrophe war.

Und wieder waren die Medien maßgeblich an der Verbreitung von Lügen, gefälschten Berichten und Bildern beteiligt.

Kla.TV berichtete:

„Während Muammar al-Gaddafi und seine Anhänger im August 2011 noch erbitterten Widerstand leisteten, tauchten bereits erste Filmbeiträge vom Einmarsch der Rebellen auf dem Grünen Platz in Tripolis auf. Wie Korrespondent Webster Tarpley am 26. August 2011 berichtete, liegen Beweise vor, dass diese Fälschungen sind. Die Kulisse ist vorgeblich der Grüne Platz, doch tatsächlich findet man den Drehort laut Tarpley in Doha, Katar, wo sich auch der Nachrichtensender Al Jazeera befindet“ (4).

Nachdem Länder wie Großbritannien extremistische Kräfte zur Verstärkung der „Aufständischen“ bewusst nach Libyen reisen ließen, und die NATO-Luftwaffe nach dem Sicherheitsratsbeschluss für eine Flugverbotszone die Aufständischen unterstützte, das Land zerstört und ins Chaos gestürzt worden war, gab die französische Leiterin von Amnesty International, Genevieve Garrigos, zu, dass die Behauptungen, Gaddafi hätte afrikanische Söldner benutzt, um Libyer zu ermorden „Nur ein Gerücht war, das in den Medien verbreitet wurde“. Während des Krieges hatte sie im französischen Fernsehen das Gegenteil behauptet:

Sie hatte gesagt, dass sie „Freitag und Samstag Informationen erhalten hätte“, dass innerhalb der Truppen, die gegen die Demonstranten eingesetzt worden wären, ausländische Söldner

gewesen wären, gerade um den Unterdrückungsprozess zu verstärken (5).

Der US-Wissenschaftler Alan Kupermann erklärte, dass Gaddafis Zerschlagung des Islamistenaufstandes im östlichen Libyen „wesentlich weniger tödlich“ war, als von den westlichen Medien behauptet. In Wahrheit hatte er, entgegen den Medienberichten, nie mit Massakern an Zivilisten gedroht und von „unterschiedsloser Anwendung von Gewalt abgesehen“. Schätzungen, die nach der Kriegshysterie vorgenommen wurden, hatten gezeigt, dass in den ersten sieben Wochen von den fast 1000 Opfern lediglich drei Prozent Frauen und Kinder waren. Die NATO intervenierte, als die libyschen Streitkräfte kurz davor standen, den Osten zurück zu gewinnen.

Weder Beweise noch Gründe tauchten auf, dass Gaddafi Massenmorde geplant hätte.

Im Anschluss an den Krieg der NATO fiel das Land in einen Zustand des Chaos und der schlimmsten Menschenrechtsverbrechen seit dem offiziellen Ende der Kolonialzeit. Mit Folter, Morden, willkürlichen Inhaftierungen, War-Lords, marodierenden Banden und einem Terrorismus, der sich durch Boko Haram – von Libyen aus – tief in Afrika verbreitete.

Die mutige Entscheidung des FDP-Vorsitzenden und Außenministers, sich im Sicherheitsrat der Stimme zu enthalten, mündete kurz darauf in seine Absetzung vom Parteiamt. Sie war eine Ausnahme und stand im krassen Gegensatz zum tatsächlichen Verhalten der deutschen Politik.

Philipp Mißfelder (CDU) äußerte sich, wohl stellvertretend für die deutsche Politik-Elite zur UN-Enthaltung:

„Die Entscheidung war nicht richtig. Ich hoffe, dass dies ein

einmaliger Vorgang bleibt. Im Zweifel wünscht man sich im UNO-Sicherheitsrat, dass Deutschland auch bei Unsicherheiten nicht mit Russland, China, Brasilien und Indien gemeinsam entscheidet, sondern mit unseren traditionellen guten Freunden und Partnern: Amerika, Frankreich und Großbritannien“ (6).

Und staatliche Sender wie die Deutsche Welle verbreiteten die Schreckensnachricht, Berlin hätte sich nun innerhalb der NATO isoliert, weil das Land nicht an der Bombardierung Libyens teilgenommen hätte (7). Das gesamte politische Establishment arbeitete darauf hin, dass so etwas nie wieder passieren würde.

Dabei hatte der Spiegel am 19. August 2011 schon berichtet, wie deutsche Soldaten insgeheim der NATO dabei halfen, die Bombenziele auszuwählen und zu treffen.

„Deutsche Soldaten sind am Luftkrieg einiger Nato-Nationen gegen Libyen und die Armee des Diktators Muammar al-Gaddafi direkter beteiligt als bisher bekannt. Auf eine gezielte Nachfrage des grünen Bundestagsabgeordneten Hans-Christian Ströbele räumte die Bundesregierung dieser Tage ein, dass derzeit elf deutsche Soldaten im Rahmen ihrer Tätigkeit in den Militärstäben der Nato in Italien unter anderem auch "im Bereich der sogenannten Zielauswahl" für die Luftangriffe der Allianz beteiligt seien“ (8).

Am 9. September waren aus elf Soldaten bereits zehn Mal so viele geworden. Wieder war es der Spiegel, der berichtete, dass 103 Soldaten „an der Führung des Libyen-Einsatzes“ beteiligt waren. Aber sie waren nicht einfach irgendwelche Fußsoldaten, die stumpf Befehle ausführten, sondern Offiziere und Unteroffiziere wirkten „unter anderem an der Auswahl militärischer Ziele sowie der Übermittlung von Befehlen an Awacs-Überwachungsflugzeuge“ mit. Und wieder wurde die Verantwortung für die Verletzung des deutschen Grundgesetzes auf eine übergeordnete Organisation abgeschoben, auf die NATO. Weil man der gegenüber eben

Verpflichtungen hätte, konnte man halt nicht anders.

Mit anderen Worten: Wahlweise die EU oder die NATO dienen dazu, Verpflichtungen aus dem Grundgesetz auszuhebeln. Die Regierungen entlasten sich vor dem Wähler von unpopulären Entscheidungen, indem sie vorgeben, durch übergeordnete Kräfte gezwungen zu werden. Im Zweifel sind es „die Märkte“.

Schon mit diesem Spiegelbericht – abgesehen von anderen Enthüllungen – war die Behauptung, dass keine deutschen Soldaten am Militäreinsatz gegen Libyen beteiligt waren, als Lüge entlarvt, jedoch ohne irgendwelche Folgen. Und später entschuldigte sich nur Norwegen für das Verbrechen:

„Norwegen entschuldigt sich für den Libyen-Krieg. Im Jahr 2011 warf Norwegen im Rahmen des kriegsverbrecherischen Angriffs der NATO auf Libyen 588 Bomben ab und ermordete dadurch unschuldige Zivilisten. In einem 260-seitigen Bericht erklären nun norwegische Politiker, sie wären 2011 ‚schlecht informiert‘ gewesen und äußern Bedauern, berichtet die norwegische Zeitung Aftenposten“ (9).

Das hinderte Deutschland aber nicht daran, die Bundeswehr weiter von einer Verteidigungsarmee zu einer weltweit agierenden Interventionsstreitmacht umzubauen. Jürgen Wagner schrieb 2011 darüber:

„Noch Ende Mai 2010 hatte der damalige Bundespräsident Horst Köhler seinen Hut nehmen müssen, weil er die Auffassung vertrat, dass ein ‚militärischer Einsatz notwendig ist, um unsere Interessen zu wahren, zum Beispiel freie Handelswege‘ (10) Wenige Monate später, im November 2010, fragte sich der seinerzeitige Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg, „was so verwegen an dieser Aussage war“ und forderte, „offen und ohne Verklemmung“ über Militäreinsätze zugunsten wirtschaftlicher Interessen zu diskutieren.

Der zu erwartende Aufschrei der Entrüstung blieb jedoch aus, bekanntlich musste zu Gutenberg aus anderen Gründen abtreten (11).

*Sein Nachfolger, Thomas de Maizière, leitete nun eine nochmalige Verschärfung ein. In den von ihm am 18. Mai 2011 erlassenen ‚Verteidigungspolitischen Richtlinien‘ wird wie selbstverständlich erklärt, eine wesentliche Aufgabe sei es, ‚einen freien und ungehinderten Welthandel sowie den freien Zugang zur Hohen See und zu natürlichen Ressourcen zu ermöglichen‘ (12). Schon im Weißbuch der Bundeswehr aus dem Jahr 2006 (und auch in früheren Dokumenten) fanden sich ähnliche Passagen, allerdings damals noch deutlich verklausulierter. Genau deshalb wurden diese Formulierungen auf Zeit-Online in einem Kommentar von Jörg Lau mit folgenden Worten explizit begrüßt: „Das ist eine deutliche Akzentverschiebung. (...) Das ist kurz und knapp genau das, was Köhler angedeutet hat. De Maizière in seiner besonnenen, ruhigen Art, nimmt man ab, was einen Köhler den Kopf kostet“ (13, 14).

Wenn wir nun hören, dass Deutschland sein Rüstungsbudget auf 60 Milliarden Euro anheben will, können einem Bedenken kommen, welche Ambitionen das deutsche Establishment entwickelt. Denn das ist mehr Geld, als Russland, der größte Flächenstaat und Atommacht, für seine Verteidigung ausgibt, obwohl Russland ja angeblich die Welt oder zumindest Europa erobern will.

Als der deutsche Außenminister Westerwelle sich im UN-Sicherheitsrat bezüglich der Flugverbotszone über Libyen der Stimme enthielt, schlug ihm eine Welle des Hasses, der Häme und der Beschimpfung entgegen. „Ich schäme mich für Deutschland“, war eines der am meisten zitierten Aussagen in den Medien, die den Krieg als humanitären Krieg verherrlichten. Was wirklich geschah, fasst der Wissenschaftler Daniele Ganser in einem Interview zusammen:

„2011 haben die USA zusammen mit Frankreich und Großbritannien

Libyen erneut angegriffen. Diesmal gab es zwar ein Mandat der UNO. Aber nur für eine Flugverbotszone.

Die NATO-Länder kümmerte das aber nicht, sie führten einen Regime Change durch, Gaddafi wurde in der Wüste begraben, auch das war völlig illegal und durch die UNO-Resolution nicht abgedeckt. Libyen versinkt seither im Chaos. Aber der französische Präsident Sarkozy, der britische Premier Cameron und US-Präsident Obama kamen mal wieder völlig straflos davon. Am 1. August 2016 hat Obama Libyen nochmals bombardiert, das wurde in den meisten Zeitungen nur noch auf den hinteren Seiten vermeldet. Das Völkerrecht wird systematisch zerschlagen und ignoriert, das ist nicht klug.

Wenn wir eine ehrliche und gerechte Welt hätten, müssten Obama, Sarkozy und Cameron sich wegen dem Libyenkrieg vor dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag wegen ihrer Verbrechen gegen die Menschheit verantworten. Es wäre auch völlig illegal gewesen, wenn Gaddafi 2011 Frankreich angegriffen hätte. Dann müsste Gaddafi vor den Strafgerichtshof der UNO. Ich bin sicher, das wäre auch passiert. Aber wenn eben die NATO-Länder das Kriegsbeil ausgraben und ein Land überfallen, geschieht nichts, überhaupt nichts“ (15).

Und zum Schluss dürfen die Folgen dieses Angriffskrieges der NATO mit Deutschlands Hilfe gegen das Land Afrikas nicht fehlen, das vor dem Krieg den höchsten Lebensstandard des Kontinents erreicht hatte. Die Zeit schreibt „Es gibt dort keine Menschlichkeit“ und erklärt, dass gefoltert und versklavt würde (16). Monitor berichtet über „Folterknechte und Menschenhändler: Deutschlands Partner in Libyen“ (17). Und im Deutschlandfunk, der einst willig allen Kriegsbefürwortern eine Stimme gab, heißt es heute: „Niemand will Verhältnisse wie in Libyen (...)“ (18).

Aber nicht nur Libyen wurde durch den Angriffskrieg der NATO in einen andauernden blutigen Bürgerkrieg gestürzt, der nun seit acht

Jahren das Land verwüstet, sondern ganz Afrika ist von den Ausläufern dieses Krieges betroffen. So veröffentlichte das Ron-Paul-Institute einen Artikel, in dem auf die Folgen des Libyeneinsatzes für den Aufstieg von Boko-Haram hingewiesen wurde.

„Nigerias Boko Haram ist jetzt offiziell die tödlichste Terrorgruppe der Welt. Dass sie diese Position erreicht hat, ist eine direkte Konsequenz der Politik von Premierminister David Cameron und anderen, im Krieg gegen Libyen. Und das ist eine Folge, die möglicherweise gar nicht unbeabsichtigt eintrat.

Einem Bericht zufolge, der gerade vom Global Terrorism Index veröffentlicht wurde, ist Boko Haram verantwortlich für 6.644 Morde im Jahr 2014, verglichen mit 6.073, die auf das Konto der ISIS gehen. Das bedeutet eine Verdreifachung ihrer Morde gegenüber 2013. Alleine in der letzten Woche töteten Bomben der Gruppe acht Menschen in einem Bus in Maiduguri, eine fünfköpfige Familie in Fotokol, Kamerun, fünfzehn Menschen auf einem belebten Marktplatz in Kano und zweiunddreißig Menschen vor einer Moschee in Yola.

Im Jahr 2009, dem Jahr, in dem die Gruppe zu den Waffen griff, hatte Boko Haram nicht im Geringsten die Möglichkeiten, solche Operationen durchzuführen. Wie Peter Weber in The Week feststellte, veränderten sich ihre Waffen ,von relativ billigen AK-47 aus der Zeit vor 2009, zu wüstentauglichen Kampffahrzeugen und Flugabwehrgeschützen sowie Panzerabwehrwaffen.‘ Diese dramatische Entwicklung des Zugriffs auf Material, war das direkte Resultat des NATO-Kriegs gegen Libyen. Ein UN-Bericht, der Anfang 2012 veröffentlicht worden war, warnte, dass ,große Mengen von Waffen und Munition aus libyschen Lagern in die Sahel-Zone geschmuggelt worden waren‘. Darunter seien Panzerfäuste, Maschinengewehre mit Flugabwehr-Visieren, automatische Gewehre, Munition, Granaten, Semtex Sprengstoff und leichte Flugabwehr-Geschütze, montiert auf Fahrzeugen. Es wird vermutet, dass auch

weiter entwickelte Waffen, wie Boden-Luftraketen und Manpads (tragbare Luftabwehrsysteme) zum Arsenal der Gruppe gehören“ (19).

So wurden zehntausende Menschen durch den Angriff der NATO-Länder getötet, die Infrastruktur vernichtet, das Land in einen blutigen Bürgerkrieg und Chaos gestürzt, und ganz Afrika einer Hoffnung beraubt.

Denn Gaddafi hatte Gold- und Silberreserven von jeweils ungefähr 143 Tonnen angehäuft, die dann nach der Zerstörung des Landes spurlos verschwanden (20), aber eigentlich die Basis für eine panafrikanische Währung werden sollten. Diese Währung hätte zudem die von Frankreich kontrollierte Währung verschiedener afrikanischer Länder ablösen können. Was nicht nur Frankreichs postkoloniale Macht drastisch eingeschränkt hätte, sondern auch die der USA, weil sich dadurch eine weitere Region vom Petro-Dollar verabschiedet hätte.

Nun darf man wohl annehmen, dass das Gold Libyens ein ähnliches Schicksal erlebte, wie das von den USA in Ost-Syrien von ISIS erbeutete, die es wiederum den syrischen Banken gestohlen hatten (21).

Am meisten hatten der Terrorismus und der Menschenhandel von dem „humanitären Einsatz“ profitiert. Aber noch beschämender könnten die möglicherweise auftauchenden ganz persönlichen Gründe einzelner Vertreter des politischen NATO-Establishments für die Bombardierung des Landes sein. Vergleichbar der Art, die sich für den ehemaligen französischen Präsidenten Sarkozy abzeichnet. Dazu schrieb die Deutsche Welle:

„Mehr als sechs Jahre später allerdings wird in Frankreich nun über die Frage diskutiert, ob Sarkozy mit Libyen gut ein Jahr vor den Präsidentenwahlen vor allem sich selbst einen Gefallen tun wollte. Die Justiz ermittelt derzeit gegen den Ex-Präsidenten wegen verbotener

Wahlkampffinanzierung. Mindestens fünf Millionen Euro in bar sollen im Winter 2006 von einem Mittelsmann von Gaddafi direkt in das französische Innenministerium gebracht worden sein, indem Sarkozy sich auf die Präsidentschaftskandidatur vorbereitete“ (22).

Es klingt wie Hohn, wenn immer noch behauptet wird, dass die westlichen Länder „ja nur das Beste gewollt hätten“, aber leider einen Fehler gemacht hätten, mit denen niemand rechnen konnte. Man könnte auch zu einer wesentlich weniger schmeichelhaften Auffassung kommen.

Vorschau

Im nächsten und letzten Artikel werde ich über die Beteiligung Deutschlands am Angriffskrieg gegen Syrien berichten. Auch ein Krieg, an dem Deutschland angeblich nicht beteiligt war. Und das, obwohl ein BND-Beamter schon 2012 damit geprahlt hatte, welcher großen Beitrag der BND „für den Sturz Assads“ leisten würde. Assad wurde nicht gestürzt, aber das Land verwüstet, teilweise von NATO-Ländern besetzt und unter Sanktionsregime weiter gequält.

Quellen und Anmerkungen:

(1) 0:00 bis ca. 0:21 <https://www.youtube.com/watch?v=HlkqQGIFXqo> (<https://www.youtube.com/watch?v=HlkqQGIFXqo>)

(2) <https://www.cicero.de/innenpolitik/guido-westerwelle-deutschland-schuldet-ihm-spaeten-dank> (<https://www.cicero.de/innenpolitik/guido-westerwelle-deutschland-schuldet-ihm-spaeten-dank>)

- (3) <http://www.uweness.eu/libyen-gruener-krieg.html>
(<http://www.uweness.eu/libyen-gruener-krieg.html>)
- (4) Ab ca. 0:30 bis 1:07 <https://www.youtube.com/watch?v=HauTOOLHYtw> (<https://www.youtube.com/watch?v=HauTOOLHYtw>)
- (5) Ab ca. 2:00 bis 2:14 <https://www.youtube.com/watch?v=1WFknaEKdOM> (<https://www.youtube.com/watch?v=1WFknaEKdOM>)
- (6) <https://jacobjung.wordpress.com/2011/10/20/zum-tod-von-muammar-al-gaddafi-die-totungskultur-des-westens/>
(<https://jacobjung.wordpress.com/2011/10/20/zum-tod-von-muammar-al-gaddafi-die-totungskultur-des-westens/>)
- (7) <https://www.dw.com/en/berlins-stance-on-libya-has-isolated-germany-in-nato/a-14985036>
(<https://www.dw.com/en/berlins-stance-on-libya-has-isolated-germany-in-nato/a-14985036>)
- (8) <http://www.spiegel.de/politik/ausland/einsatz-in-libyen-deutsche-soldaten-helfen-nato-bei-der-zielauswahl-a-781111.html>
(<http://www.spiegel.de/politik/ausland/einsatz-in-libyen-deutsche-soldaten-helfen-nato-bei-der-zielauswahl-a-781111.html>)
und <http://www.spiegel.de/politik/ausland/einsatz-in-libyen-opposition-entruestet-sich-ueber-deutsche-kriegsbeteiligung-a-781242.html> (<http://www.spiegel.de/politik/ausland/einsatz-in-libyen-opposition-entruestet-sich-ueber-deutsche-kriegsbeteiligung-a-781242.html>) und
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/libyen-krieg-deutscher-soldaten-einsatz-bringt-de-maiziere-in-bedraengnis-a-781267.html> (<http://www.spiegel.de/politik/ausland/libyen-krieg-deutscher-soldaten-einsatz-bringt-de-maiziere-in-bedraengnis-a-781267.html>)
- (9) 0:00 bis 0:29 <https://www.youtube.com/watch?v=UTibTnQeDlc> (<https://www.youtube.com/watch?v=UTibTnQeDlc>)
- (10) Horst Köhler im Gespräch mit Christopher Rieke,

Deutschlandradio Kultur, 22.05.2010.

(11) Guttenberg stützt umstrittene Köhler-These, Focus Online, 09.11.2010.

(12) Verteidigungspolitische Richtlinien: Nationale Interessen wahren – Internationale Verantwortung übernehmen – Sicherheit gemeinsam gestalten, Berlin, den 18. Mai 2011, S. 4f.

(13) Lau, Jörg: De Maizières Bundeswehrreform und die deutschen Interessen, Zeit Online, 18.05.2011.

(14) <https://www.imi-online.de/2011/08/08/kostspielige-verantw/> (<https://www.imi-online.de/2011/08/08/kostspielige-verantw/>)

(15) <https://www.nachdenkseiten.de/?p=35408>
(<https://www.nachdenkseiten.de/?p=35408>)

(16) <https://www.zeit.de/politik/ausland/2018-08/libyen-migranten-eu-human-rights-watch-interview>
(<https://www.zeit.de/politik/ausland/2018-08/libyen-migranten-eu-human-rights-watch-interview>)

(17)

<https://www1.wdr.de/daserste/monitor/sendungen/deutschlands-partner-in-libyen-100.html>
(<https://www1.wdr.de/daserste/monitor/sendungen/deutschlands-partner-in-libyen-100.html>)

(18) https://www.deutschlandfunk.de/notstand-im-sudan-niemand-will-verhaeltnisse-wie-in-libyen.694.de.html?dram:article_id=441888
(https://www.deutschlandfunk.de/notstand-im-sudan-niemand-will-verhaeltnisse-wie-in-libyen.694.de.html?dram:article_id=441888)

(19) <http://ronpaulinstitute.org/archives/featured-articles/2015/november/28/deadliest-terror-group-in-the-world-the-west-s-latest-gift-to-africa/>
(<http://ronpaulinstitute.org/archives/featured-articles/2015/november/28/deadliest-terror-group-in-the-world-the-west-s-latest-gift-to-africa/>) Originallink nicht mehr

erreichbar. Übersetzt in:

<https://jomenschenfreund.blogspot.com/2015/11/bundeswehr-in-mali-resultat-des-nato.html>

(<https://jomenschenfreund.blogspot.com/2015/11/bundeswehr-in-mali-resultat-des-nato.html>) und abgesichert durch zahlreiche

ähnliche Veröffentlichungen: <https://www.google.com/search?client=firefox-b-d&q=deadliest-terror-group-in-the-world-the-west-s-latest-gift-to-africa%2F>

(<https://www.google.com/search?client=firefox-b-d&q=deadliest-terror-group-in-the-world-the-west-s-latest-gift-to-africa%2F>)

(20) https://www.youtube.com/watch?v=a_LjXW9bvU0

(https://www.youtube.com/watch?v=a_LjXW9bvU0)

(21) <https://www.zerohedge.com/news/2019-03-01/us-army-takes-50-tons-gold-syria-alleged-deal-isis>

(<https://www.zerohedge.com/news/2019-03-01/us-army-takes-50-tons-gold-syria-alleged-deal-isis>)

(22) <https://www.dw.com/de/libyen-krieg-als-rachefeldzug-sarkozys/a-43090503> (<https://www.dw.com/de/libyen-krieg-als-rachefeldzug-sarkozys/a-43090503>)



Jochen Mitschka, Jahrgang 1952, war unter anderem Unternehmensberater mit eigenem Unternehmen in Südostasien und einem kurzen Einsatz im Rahmen einer UNO-Maßnahme in Vietnam. Nebenbei verfasste er unter Pseudonymen Bücher über Politik und Gesellschaft der Region. Er kam 2009 zurück nach Deutschland, um bis zu seinem Ruhestand im August 2017 als angestellter Projektkoordinator und -manager für eine führende Softwarefirma zu arbeiten. Seit seinem Ruhestand im Jahr 2017 schreibt er Artikel unter eigenem Namen für verschiedene alternative Internetseiten, übersetzt Bücher (Dirty War on Syria, MH17) und schreibt Bücher mit dem Schwerpunkt Außenpolitik. 2018 erschienen

„Die Menschenrechtsindustrie im humanitären Angriffskrieg“; „Schattenkriege des Imperiums — Der Krieg gegen den Iran“, und in der gleichen Reihe „Die Zukunft Palästinas“; die E-Books „Israel 2018“ und „Finis Germania oder Deutschlands Demokratie ist verloren“.

Dieses Werk ist unter einer **Creative Commons-Lizenz (Namensnennung - Nicht kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International** (<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>)) lizenziert. Unter Einhaltung der Lizenzbedingungen dürfen Sie es verbreiten und vervielfältigen.